



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg



DIE GRÜNEN

An die
Vorsitzende des Sozialausschusses
im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises
Frau Sigrid Leitterstorf
Kreishaus
53721 Siegburg

11.09.2015

nachrichtlich:
Fraktionen/Gruppen

Punkte für die Tagesordnung der Sonder-Ausschusssitzung am 30.09.2015

Sehr geehrte Frau Leitterstorf,

die Fraktionen von CDU und Grünen im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises beantragen gemeinsam die Aufnahme folgender Unterpunkte zum Schwerpunktthema „Betreuung von Flüchtlingen und Asylanten im Rhein-Sieg-Kreis“ in der Sondersitzung des Sozialausschusses am 30. September 2015.

Die Verwaltung wird gebeten, zu folgenden Punkten vorzutragen:

1. Die Ergebnisse zu den schriftlichen und mündlichen Anfragen der Fraktionen zu diesem Thema;
2. Die Maßnahmen, die die Kreisverwaltung in Kooperation auch mit anderen Dienststellen und den Städten und Gemeinden bisher ergriffen hat, insbesondere in den Bereichen
 - a. Unterbringung
 - b. Erstaufnahme
 - c. dauerhafte Versorgung und soziale Beratung
 - d. Bildung und Ausbildung
 - e. Arbeitsmöglichkeiten und Anerkennung von Abschlüssen
 - f. Gesundheitscheck, - vorsorge sowie –betreuung
 - g. psychische Belastungssituationen von Flüchtlingen und Helfern
 - h. Öffentlichkeitsmaßnahmen zur verstärkten Vertrauensbildung in der Bevölkerung;
3. Vorschläge für eine bessere Koordinierung von gemeindeübergreifenden Hilfen und Erfahrungen;

4. Perspektiven für den zukünftigen Umgang mit der zu erwartenden weiteren Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylanten in den kommenden Jahren auch in kleinere Kommunen im Kreisgebiet;
5. Zu erwartende finanzielle Belastungen des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen in 2015 / 2016;
6. Mögliche Koordination und Kooperation mit der Bundesstadt Bonn.

Insbesondere bitten wir um Informationen, wie das Kreisjugendamt in den Gemeinden des Kreisjugendsamtes aber auch in den Kommunen mit eigenen Jugendämtern Unterstützung leistet, besonders im Hinblick auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Ferner erbeten wir Informationen, ob es nicht möglich ist, die Flüchtlinge in den Kommunen zu belassen, in denen sie in Notunterkünften untergebracht waren. Dieser Vorschlag könnte dazu führen, dass alle Beteiligten erste gewachsene Bindungen weiter ausbauen könnten und käme nur zur Anwendung, soweit diese Kommunen noch Flüchtlinge aufzunehmen hätten.

Darüber hinaus bitten wir die Polizeibehörde um einen mündlichen Bericht zu den Maßnahmen, die zum einen zum Schutz von Personen und Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylanten ergriffen wurden wie auch der begleitenden Vertrauensbildung in der Bevölkerung.

Soweit es notwendig ist, können Teile der Berichte auch in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.

Dr. Torsten Bieber
Ivo Hurnik

Ingo Steiner
Gabi Deussen-Dopstadt

f.d.R.
Andreas Grünhage